Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28.09.2026, Vormittag

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Digitale Steuererklärung – Es geht noch besser 2.0» von SP-Kantonsrat Rafael Mörgeli diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 239/2026).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Kinder von sucht- und psychisch kranken Eltern gezielt unterstützen» von Grünen-Kantonsrätin Sabine Arnold diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 265/2026).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Weniger Vorschriften für fest installierte Klimaanlagen» von FDP-Kantonsrat Simon Vlk diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 266/2026).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Schutz vor Hitze für besonders gefährdete Gruppen» von SP-Kantonsrat Nicola Siegrist diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 267/2026).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht des Universitätsspitals Zürich (USZ) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2025 mit 174 zu 0 Stimmen genehmigt (6097).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2025 mit 173 zu 0 Stimmen genehmigt (6098).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2025 mit 174 zu 0 Stimmen genehmigt (6099).

Der Kantonsrat hat den Geschäftsbericht der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) und den Bericht über die Umsetzung der Eigentümerstrategie für das Jahr 2025 mit 174 zu 0 Stimmen genehmigt (6100).

Der Kantonsrat hat für die Umsetzung der kantonalen Volksinitiative «Für eine psychisch gesunde Jugend» mit 175 zu 0 Stimmen einen Zusatzkredit von 3,6 Millionen Franken für die Jahre 2026 bis 2029 bewilligt (6102).

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28.09.2026, Nachmittag

Der Kantonsrat ist mit 109 zu 66 Stimmen nicht auf die Vorlage zur Umsetzung der Motion betreffend «Thesaurierender Fonds für Uferwege» von EVP, SP, GLP, Grünen und AL eingetreten (KR-Nr. 61/2021). Das Geschäft ist damit erledigt. Mit der Motion war gefordert worden, dass die gemäss Strassengesetz jährlich für die Erstellung von Uferwegen zu budgetierenden 6 Millionen Franken in einen Fonds eingezahlt werden sollen, in dem sie nicht verfallen können.

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch

Der Kantonsrat hat das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 88/2022). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und in guter Qualität durch den ÖV erschlossen sei.

Der Kantonsrat ist mit 88 zu 87 Stimmen auf eine Vorlage zu drei Velo-Themen eingetreten. Die Vorlage geht nun zur Detailberatung zurück in die Kommission für Planung und Bau (KPB). Konkret geht es um die Motionen «Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur» (KR-Nr. 364/2020), «Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen» (KR-Nr. 365/2020) und «Thesaurierender Fonds für Radwege» (KR-Nr. 62/2021).

Der Kantonsrat hat das Postulat von SP, GLP, Grünen und EVP betreffend «Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich» als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 424/2021). Der Regierungsrat hat angekündigt, im Rahmen der Überarbeitung der Wohnbauförderung unter anderem die Kostenberechnungen anzupassen, einen Landkostenzuschlag vorzusehen und ressourcenschonendes Bauen mit einer Reduktion der Mindestwohnfläche geförderter Wohnungen zu erleichtern.

Der Kantonsrat hat mit 90 zu 78 Stimmen das Postulat betreffend «Mehr als BIP – Ökonomie des Wohlergehens» von Grünen-Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig abgelehnt (KR-Nr. 102/2024). Das Geschäft ist damit erledigt.

(nic.)

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch